

Mittleuropa.

Alle Welt denkt daran und spricht davon, in Österreich-Ungarn vielleicht noch mehr als in Deutschland. Schon hört man aber, daß „überlegene“ Beurteiler öffentlicher Meinungen sagen, sie hielten es im Grunde doch nur für eines der Schlagworte, denen der scharfumrissene begriffliche Inhalt fehle, die überall anzubringen, wenn nicht geradezu eine Epidemie, so doch wohl eben nur Modesache sei. Auch huschen Besorgnisschatten vorüber, ob das Zauberwort „Mittleuropa“ nicht an die Lockpfeife des Rattenfängers von Hameln erinnere. Von der „wirtschaftlichen Annäherung“ der Mittelmächte war fast im Übermaß die Rede. Tat es das Übermaß, oder ist es die Folge davon, daß Übermäßiges sich vordrängte, zuweit Gehendes, nicht sobald oder kaum je Durchführbares, das dann kühle Aufnahme oder höfliche Ablehnung fand, die erste Begeisterung scheint den Höhepunkt überschritten zu haben. Mancher meint bereits, im stillen zunächst, demnächst kann es ausgerufen werden, Mittleuropa flau ab, bald werde es „lustlos“ „notieren“, wie es in den Börsenberichten heißt.

Jede erste Begeisterung flaut ab. Es fragt sich indes, ob nicht eine Überzeugung übrigbleibt, die nicht mehr verlorengehen kann und unter keinen Umständen wankend wird. Uns dünkt, das sei so. „Mittleuropa“ ist der blündige Ausdruck für die Überzeugung, daß das Bündnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn ein bleibendes ist und verfestigt, so verfestigt werden soll, daß es zugleich an Spannweite gewinnt, weitere Anschluß-, größere Umfangsmöglichkeiten sich aufstun. Ist das alles? Jawohl, zunächst mal alles.

Es scheint durchaus nicht überflüssig, daß diese Überzeugung in den weitesten Kreisen zum Bewußtsein ihrer selbst komme und laut bejaht werde. Da gibt es ganz Kluge, die entdecken das „geschichtliche Gesetz“, die Bündner von heute seien Gegner von morgen, und berufen sich dabei auf einige weltgeschichtlich bekannte Vorgänge. Unbekannt sind ingleichem gegensätzliche Stimmungen annoch zurückgehaltener nationaler Leidenschaften, und vielfältige Verstimmungen erscheinen als unvermeidliche Begleiterscheinung großer, gemeinsamer, langwieriger, wechselvoller Aktionen. Manche

denken mit Schrecken daran, was das geben wird, wenn vom Eise der Zensur befreit sind Strom und Bäche durch des Friedens holden, belebenden Blick und gestaute Wassermassen sich wild in das geöffnete Bett der Zeitungspalten Mitteleuropas ergießen. Das wird, ach! in mehr als zwölf Sprachen geschehen; man dürfte sich aber dabei gegenseitig weniger weh tun, als gemeint ist, weil nur ganz weiße Raben mehr als drei von diesen zwölf Sprachen verstehen. Nicht von ferne soll es demnach als überflüssig angesehen werden, wenn für Mitteleuropa gesprochen, geschrieben, geworben, wenn immer wieder gesagt wird, warum es als Existenz- und Wohlstandsbedingung der Beteiligten sich darstellt.

Auch wäre es unseres Erachtens unzutreffend, Mitteleuropa im angegebenen Sinn als eine Liebhaberei politischer Dilettanten zu bezeichnen, oder als ein vages Programm, das bei jedem Versuch festerer Ausprägung explodiert, so daß die Zuschauer kaum ohne Denktzettel davankommen. Richtig ist, daß Mitteleuropa zunächst vom Fortbestand und der Verfestigung des Bündnisses der Mittelmächte verstanden werden kann, wobei zugleich die Gestaltungsweise, die Ausführbestimmungen völker- und staatsrechtlicher, diplomatischer, militärischer, materiell wirtschaftlicher Art, wie die, welche dem Gebiet der Geisteskultur angehören, auf den zweiten, dritten usw. Plan abgeschoben werden. Es ist das Haupt- und Grundprogramm einer überaus großen Mehrzahl der Staatsbürger in beiden Reichen, wie der Erfolg von F. Naumanns Buch zu beweisen scheint. Diese Staatsbürger erheben weder auf Amtsverstand Anspruch, noch auf fachwissenschaftliche Kenntnisse, auf die beiden Vorbedingungen zur Lösung der auf die weiteren Pläne verschobenen Fragen. Und doch scheint uns dieses mitteleuropäische Bewußtsein, wie es ist, eine große Einsicht und eine große Bürgschaft.

Von hoch kenntnisreicher Seite wird hervorgehoben, es sei ein dringendes Zeiterfordernis, daß weiteste Kreise tieferes Verständnis für die Grundtatsachen und Richtlinien der auswärtigen Politik sich aneignen¹. Wachstum solchen Verständnisses meinen wir im mitteleuropäischen Bewußtsein zu finden.

Ein geistvoller Schriftsteller, geistvoll wenn einer, schrieb jüngst, im Kriege und durch den Krieg hätten Deutschland und Österreich einander

¹ Graf Ernst zu Reventlow, Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914. Im Vorwort zur 4. Auflage (1916) xi.

erst kennengelernt¹, füreinander Verständnis gewonnen. Der Niederschlag solchen Verständnisses scheint uns die Parole „Mitteleuropa“; sie ist uns deshalb eine Bürgschaft gegenseitigen, durchhaltenden Wohlwollens.

Inmitten des wogenden, tobenden Weltkrieges hat jüngst Erzellenz v. Harnack den Blick auf ferne Vergangenheit und, wie wir alle hoffen, auf nicht allzu ferne Zukunft gerichtet: „Einst hat es so etwas wie eine christliche europäische Völkerfamilie gegeben. Durch unsere Religion ist sie uns vorgezeichnet und im Charakter, in der Geschichte und in der Weltstellung gerade unseres Volkes sind heilige Pflichten in dieser Richtung begründet. Wir dürfen sie nicht fahren lassen.“²

Die Parole „Mitteleuropa“ liegt in der Richtung dieses Programms. Sie bedeutet keinen feindseligen Abschluß nach außen, sondern zunächst eine friedliche Zusammenfassung nach innen. Sie weist aber weiter und öffnet Ausblicke auf fernere, umfassendere Möglichkeiten, namentlich auch solche, die den Friedensbestrebungen entgegenkommen. Wenn das Bündnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn sich nicht als ausreichende Friedensbürgschaft erwies, so liegt die Schuld nicht an dem zu Abwehrzwecken geschlossenen Bund³. Es kann zudem die Tatsache nicht rückgängig gemacht werden, daß seit seinem Abschluß, abgesehen von den Balkanländern, der europäische Friede durch mehr als dreißig Jahre erhalten blieb, und zwar in Zeiten wachsender internationaler Hochspannung, die durch den Wettlauf der kolonialen Aneignungen ständige Steigerung erfuhr, und in denen kaum ein oder das andere Jahr verging, ohne daß in Kolonien oder um koloniale Ausbreitung gekriegt wurde. Auch diese zahlreichen Kriege bringen alle Schrecknisse des Krieges, sind nicht weniger arg, weil ihr Schauplatz fernliegt und es sich dabei „bloß“ um Naturvölker handelt. Wohl aber wachsen die Kriegsschrecknisse mit der Ausdehnung der Schauplätze, mit der Dauer der Kriegführung, mit den Massenaufgeboten, mit den Wirkungen der angewendeten Kriegsmittel, mit dem Wert zerstörter Menschenleben und Kulturgüter. Und nach allen diesen Rücksichten, mit Ausnahme der Dauer, ist der Weltkrieg ohnegleichen in aller Geschichte.

Hat der Bund der Zentralmächte den Eintritt dieses fürchterlichen Weltkulturbankrotts nur durch Jahrzehnte hinausgeschoben, nicht verhindert,

¹ Hermann Bahr in „Die neue Rundschau“ 1916, Juniheft 826.

² „An der Schwelle des 3. Kriegsjahres.“ Rede gehalten am 1. August 1916 in der Philharmonie zu Berlin (Weidmannsche Buchh.) S. 17.

³ Vgl. diese Zeitschrift Band 88 (1915) 500 501.

so folgt daraus keineswegs, daß er in kommenden Zeiten friedlichem Wettbewerb der Staaten und Nationen nicht noch weit längere Dauer zu verbürgen geeignet sei. Ob eine Umgruppierung der Mächte in dieser Beziehung wirksamer zu sein vermöge, ob es überhaupt eine Mächtegruppierung gibt, die den Weltfrieden in Zeit und Raum unbegrenzt feststellt, diese Frage zu beantworten bleibt Weiseren überlassen. Ingleichen bleibe hier alles ausgeschlossen, was Kriegsziele und Friedensbedingungen betrifft, was mit jenen politischen Ausführbestimmungen zusammenhängt, die zu regeln den Regierungen obliegt, zu erörtern den Volkswirtschaftsforschern oder den Berufspolitikern zukommt. Wir versuchen hier „Mitteleuropa“ als ein Naturwerk und als einen Kulturwert zu würdigen. Als ein Naturwerk vom Standpunkt der politischen Geographie, als einen Kulturwert von dem der Zeitgeschichte und Staatswissenschaft. Es geschieht ohne Parteitendenz und ohne politische Absicht; wohl aber in der festen Überzeugung vom Kulturwert des Bündnisses. Er besteht darin, daß die Lösung des Bündnisses die Völkerzwietracht ins Unermeßliche steigern müßte, dagegen dessen Festigung zu Gerechtigkeit und Wohlwollen über die Grenzen des eigenen Volkstums hinaus im Geist des Christentums zu erziehen und deshalb in weitem Umkreis völkerversöhnend zu wirken vermag, ohne andere Nationen in ihren Eigeninteressen irgendwie zu schädigen oder feindlich abzustößen. Der Kulturwert des Bündnisses besteht ferner darin, daß es einem Zuge der Zeit gemäß ist, der durchaus berechtigt erscheint, dem Streben nach Zusammenfassung möglichst weiträumiger Gebiete, in denen auch verschiedene Völker zu friedlichem Wettbewerb in aller Kulturarbeit geeint sind. Mit dem sozialen Umfang organisierter Kulturarbeit wächst die Möglichkeit, höhere Ziele anzustreben und vollkommeneren Erträge zu liefern.

* * *

Wir sagten, es sei von der wirtschaftlichen Annäherung der Zentralmächte vielleicht nahezu im Übermaß die Rede gewesen. Nicht als ob die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Fragen so leicht überschätzt werden könnte, noch als ob eingehende und allseitige, maßvolle und sachkundige Erörterungen des schwierigen Knäuels von Problemen nicht dringend nötig und äußerst nützlich wären. Vielleicht ist es richtiger zu sagen, die Aufmerksamkeit schien zu ausschließlich darauf gerichtet. Das konnte nämlich den Eindruck hervorrufen, als seien wirtschaftliche Fragen für die gesamte Gestaltung der Zukunft maßgebend, in allererster Linie entscheidend auch in den Grundfragen der Staatsführung, wie z. B. der Wahl und Bestim-

mung des Allianzsystems. Man war versucht zu fragen, hängt es denn allein und vorab von Wirtschaftsrücksichten ab, ob das Bündnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn fortbestehen und ausgestaltet und, wenn ja, wie es ausgestaltet werden soll? Das nämlich ist nicht der Fall. Grundfragen der Staatsführung, wie die nach dem Allianzsystem, das die besten Sicherungen gewährt, haben vor allem andern die unverrückbaren und unabänderlichen Tatsachen der geographischen Lage des Staatsgebietes ins Auge zu fassen. Keine Staatskunst kann an diesen etwas ändern, jede muß zu allererst damit rechnen, mit der geographischen Lage, die als Defensivstellung zu würdigen ist, mit dem „natürlichen“, d. i. dem von der physischen Geographie geschilderten Grenzzug, dessen strategischer Defensivwert zunächst beachtet werden muß.

Nicht in dem Maß unverrückbar wie Küsten, Gebirge und Flüsse, dennoch von höchstem Belang und in zweiter Linie maßgebend erscheinen die ethnographischen oder nationalen Verhältnisse nebst den Sprachgrenzen, die sie in die Landkarte einzeichnen.

Schon zwischen diesen ersten Rücksichten des Staatsinteresses besteht Über- und Unterordnung. Wenn die geographische und die Sprachgrenze sich nicht decken, die geographische aber vom Standpunkt der politischen und militärischen Reichssicherung als defensive Existenznotwendigkeit erscheint, wird in der Theorie niemand leugnen, daß der geographischen Notwendigkeit vor nationaler Wünschbarkeit der Vortritt zukommt. Dadurch wird nahegelegt, daß eine Wertskala der Staatsinteressen festgehalten werden muß, sowohl in den staatlichen Außenbeziehungen wie in den Verfassungs- und Verwaltungsangelegenheiten. Andere sind die Bedingungen staatlichen Daseins, andere die staatlichen Wohlseins, Existenz- und Wohlstandsbedingungen. Existenzbedingungen sind Absolutnotwendigkeiten, unter den Wohlstandsbedingungen gibt es absolut und relativ notwendige, zudem nützliche, und zwar in verschiedenen Graden. In beiden Reihen sind vier verschiedene Arten zu beachten und in dieser Abfolge in die Wertskala einzustellen: politische, militärische, nationale, allgemein kulturelle und speziell wirtschaftliche.

Die politischen Existenzbedingungen einer Großmacht, die sich aus der geographischen Lage ergeben, und denen wir die erste Stelle zuweisen, kann man die geopolitischen nennen, mit einem durch R. Kjelléns zwei so hervorragende Bücher¹ eingebürgerten Ausdruck; ethnopolitische sind jene,

¹ „Die Großmächte der Gegenwart“ ¹¹, Leubner 1916. „Die politischen Probleme des Weltkrieges.“ Ebd. 1916. Kjelléns Urteile über Österreich-Ungarn werden abgelehnt.

die mit den nationalen Bevölkerungsverhältnissen gegeben erscheinen. Auf die geopolitische Differenzierung der Großmächte ist in dieser Zeitschrift im 89. Bande (1915) S. 114 ff. bereits hingewiesen worden. Zwei Großmächte (England und Japan) haben insulare Lage, alle andern kontinentale. Unter diesen sind zwei (die Union und Rußland) transkontinentale, zwei kontinental-periphereische (Frankreich und Italien; vom europäischen Standpunkt wäre auch Rußland hier einzustellen). Kontinentale Binnenlage eignet nur den beiden Großmächten, die nun die Zentralmächte heißen. Daher haben auch das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn, und bloß sie, drei Großmächte zu Nachbarn. Sie sind geopolitisch, daher unabänderlich gegebene Objekte ringförmiger Koalitionen, wie vorherbestimmt, Mittelpunkte von Einkreisungen zu sein. Auch Scheerenbündnisse, die ihren Gegner in einen Zweifrontenkrieg verstricken, sind geopolitisch begründet. Solcher Art war die Einklemmung Frankreichs zwischen dem spanischen und dem österreichischen Zweig des habsburgischen Hauses. Ingleichen die Allianz der Vlie mit dem Halbmond, so hieß damals das gegen die österreichischen Erblande geschlossene Bündnis Frankreichs mit der Türkei. Eine Halbeinkreisung, bezeichnenderweise gegen Preußen gerichtet, war die Koalition, die zum Siebenjährigen Krieg führte. Bismarck pflegte sie die Raunigische Allianz zu nennen und hat gerade in den Zeiten der „Option“ zwischen Rußland und Österreich-Ungarn oder im Zusammenhang mit dieser Schicksalsfrage sie oftmals erwähnt.

An die Stelle der dynastischen Politik trat seitdem die nationale, an die Stelle der kontinentalen die Weltpolitik. „Nationale Politik“ ist indes ein vieldeutiges Wort. Wir verstehen hier darunter den Nationalismus als Leitidee der auswärtigen und internationalen Politik, wie Napoleon III. ihn betrieb, den Nationalismus, der dem Völkerstaat Österreich-Ungarn das Existenzrecht absprach und abspriecht, den Nationalismus, von dem Thiers, wie wir jüngst hier in Erinnerung brachten, schon in den sechziger Jahren zu behaupten nicht abließ, er stürze Europa in ein Chaos und in einen Abgrund.

Clauserwitsch' Wort wird jetzt sehr häufig zitiert, der Krieg sei „Fortführung der Politik mit andern Mitteln“. Man macht nun die Probe aufs Exempel. Wenn der im angegebenen Sinn verstandene Nationalismus „mit andern Mitteln fortgeführt“ wird, so gibt das den Völkerkrieg. Wenn die Weltpolitik „mit andern Mitteln fortgeführt“ wird, so hat man den Weltkrieg.

Eben jene Großmächte, welche den Nationalismus entweder als Triebfeder oder als Vorwand der internationalen Politik benutzten, England, Frankreich, Italien, vermochten es endlich, wider den Völkerstaat, dem sie zahllosmal das Existenzrecht absprachen, den Völkerkrieg zu entfesseln. Schon 1862 und 1863 trug sich Napoleon III. mit Einkreisungsabsichten wider Österreich. Will man mit Händen greifen, wie tief sich diese Politik, welche alle Irredenten als Sprengmittel anwenden will, festgesetzt hat, wie beharrlich sie auch von der Republik verfolgt wurde, so bietet die Schrift dazu gute Gelegenheit, die ein slawophiler Veteran dieser Absichten, der Geschichtsprofessor am Collège de France, Louis Leger, im vergangenen Jahr veröffentlichte¹.

Eben jene Großmächte ferner, denen geopolitisch, durch die Naturgabe ihrer ozeanischen Küsten der Beruf, Weltmächte zu werden, angeboren ist, führen den Weltkrieg gegen das Deutsche Reich, das nicht durch Natur, sondern durch seine Kultur an der Weltpolitik Anteil zu haben befähigt erscheint und zu beanspruchen berechtigt ist.

Man könnte eine lehrreiche Studie darüber herstellen, bis auf welchen Grad Bismarck seit der Gründung des Deutschen Reiches unablässig sich mit der Einkreisungsgefahr beschäftigt hat. Der vielberufene „cauchemar des coalitions“ ist nichts als die geopolitische Lage des Reiches, deren Anblick ihn nicht losließ.

Sind das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn die einzigen Großmächte, die in unabänderlicher und beständiger Einkreisungsgefahr mitten inne stehen, so muß für beide als die erste und wichtigste Existenzsicherung ein defensives Bündnisystem angesehen werden, das geeignet ist, die Gefahren der geopolitischen Lage, wenn nicht zu bannen, so doch ständig zu mindern; das im Frieden als politische, im Krieg als militärische Sicherung gegen vollkommene Einkreisung wirksam ist.

Für jede der beiden Mittelmächte wächst die Einkreisungsgefahr ins Ungemessene, wenn sie feind, nimmt um mehr als fünfzig Prozent ab, wenn sie freund sind. Und eine ständige Minderung der Einkreisungsgefahr liegt in gesicherter Beständigkeit des Bündnisses. Mit andern Worten, sie sind geopolitisch, also unabänderlich aufeinander angewiesen, haben gemeinsame Daseins- und Wohlseinsbedingungen, sind miteinander „auf Gedeih und Verderb“ verbunden. O. Hingze hat neuerdings diese

¹ La liquidation de l'Autriche. Paris 1915, Alcan.

Wendung gebraucht¹ und zudem geschrieben: „Es kann überhaupt nicht stark genug hervorgehoben werden, unsere geographische Lage ist unser historisch-politisches Schicksal. In der Mitte des Erdteils, umdrängt von Romanen und Slawen wie von deutschen Volksplittern, sind wir gezwungen, uns eine starke, achtungsgebietende Stellung zu erhalten, wenn wir nicht in dem Gedränge der Nationen getreten und zerquetscht werden wollen, wie es leider Jahrhunderte hindurch unser Los gewesen ist.“²

Diese Wechselseitigkeit der Mittelmächte besteht, trotzdem die geopolitisch dergestalt aufeinander Angewiesenen ethnopolitisch vollkommene Gegensätze sind, daher in der nationalen Politik nicht vermeiden können, mindestens verschiedene, wenn nicht entgegengesetzte Wege zu gehen. Das Deutsche Reich, verfassungsgemäß ein Bundesstaat, ist ethnopolitisch ein nationaler Einheitsstaat; Österreich-Ungarn, verfassungsgemäß eine dualistische Realunion, ist in jeder der beiden Reichshälften ein vielvölkisches Gebilde.

Aus diesem Gegensatz scheint sich zu ergeben, daß die feindliche Einkreisungspolitik Österreich-Ungarn schwerer bedroht als das Deutsche Reich. Denn ein Angriff von überallher muß in einem nationalen Einheitsstaat die elementaren Widerstandskräfte der Volksnotwehr auslösen. In einem Völkerstaat dagegen mag er aller Wahrscheinlichkeit nach die Begleiterscheinung haben, daß so viele Irredenten politisch und militärisch die Gefahren der Lage steigern, als ethnopolitisch verwandte Mächte an der Einkreisung beteiligt sind. Nach dieser Seite ist das Bündnis mit dem Deutschen Reich für Österreich-Ungarn eine zwingendere Notwendigkeit als umgekehrt. Allein wie komplex sind diese Fragen! Da wäre zu erwägen, daß die Einkreisungsgefahr um so größer wird, je kleiner das eingekreiste Gebiet, sie demnach für das Deutsche Reich ihr Maximum erreichte, wenn Österreich-Ungarn nicht da wäre; daß unter den innerhalb des österreichisch-ungarischen Reichsgebietes möglichen acht Irredenten weitaus die meisten dem Deutschen Reich ethnopolitisch feind sind; daß der sog. Neoslawismus die gesamte westslawische Welt noch wirksamer der russischen Einflußsphäre auszuliefern gemeint war als der frühere Panlawismus³ usw. Deshalb

¹ „Deutschland und der Weltkrieg“, Teubner 1915, 10.

² A. a. O. 7.

³ 1908 fand in Prag, 1910 in Sofia eine von den Westslawen veranstaltete allslawische Konferenz statt. Unter den Beschlüssen des Jahres 1910 liest man auch diese: „Das Russische soll in Zukunft nach Möglichkeit bei allen allslawischen Kongressen die Verhandlungssprache sein.“ „An den westslawischen Mittelschulen soll der Unterricht in der kyrillika eingeführt werden.“ Mitgeteilt von Zdeněk Tobolka in der Zeitschrift für Politik VI (1913) 235.

hat Bismarck die Integrität und Großmachtsstellung Österreich-Ungarns bündig als deutsches (d. i. reichsdeutsches) Interesse bezeichnet, und Fürst Bülow übernimmt diese Wendung¹, wie auch der gegenwärtige Reichskanzler. In der Denkschrift, welche der Hauptvorstand des Vereins für das Deutschtum im Ausland am 4. August 1915 dem Reichskanzler überreichte, wird Seite 2 gesagt: „Deutschland bedarf einer starken Donaumonarchie aus strategischen und wirtschaftsgeographischen Gründen. Österreich-Ungarns Rückendeckung im Süden und Osten (so) erhält dem Deutschen Reich die Vorteile der inneren Linie. Es neutralisiert viele Millionen Slawen. Wirtschaftsgeographisch vermittelt Österreich-Ungarn die Verbindung zur Adria und zu den Dardanellen, über deren Bedeutung kein Wort nötig ist.“ Allerdings geht diese Denkschrift zu weit und betritt gleitenden Boden, wenn sie fortfährt: „Der Grundsatz bedingungsloser Enthaltung von jeder Einwirkung auf den Nachbarstaat ist auch deshalb nicht aufrechtzuerhalten, weil die Deutschen in Österreich in Deutschland gleichsam einen Bürgen für ihre gerechte Behandlung durch die maßgebenden Kreise der Donaumonarchie sehen.“ Auch hier erinnern wir an ein Bismarckwort im Buch des Fürsten Bülow²: „Noch heute gilt, was er (Bismarck) den Deutsch-Österreichern zurief: Dienen sie treu ihrem Kaiser, dann dienen sie am besten dem Deutschen Reich.“

* * *

Es sind bisher die geopolitischen Notwendigkeiten vorwiegend unter der Rücksicht der Verteidigung zu den Zwecken der Defensibe erwogen worden. Aber auch im expansiven Belang nötigt Mitteleuropa sich auf, wenn auch da mehr die Möglichkeit als die Notwendigkeit zur Geltung kommt. Dabei wird selbstverständlich nicht an Eroberungspolitik gedacht, die lediglich der Ausdehnung staatlichen Herrschaftsgebietes dienen soll, sondern an Abfluß- und Einflußgebiete überlegenen Kultur- und Wirtschaftsbetriebes, an die Bildung politisch organisierter, weiträumiger Kultur- und Wirtschaftseinheiten.

Im Zeitalter der Weltwirtschaft und der Weltpolitik werden Großmächte, die an beidem unbeteiligt wären oder in beidem rückständig blieben, sich der Gefahr aussetzen, ins Hintertreffen zu kommen oder als Großmächte zweiten Ranges zu gelten. Österreich-Ungarn kann seiner geopolitischen Lage wegen kaum anders Anschluß an Weltwirtschaft und Welt-

¹ „Deutsche Politik“ (Berlin 1916) 82.

² H. a. D. 66.

politik erlangen als in Verbindung mit dem Deutschen Reiche. Dem Deutschen Reich andererseits fehlt die natürliche Mitgift zur Weltpolitik geopolitisch berufenen Staaten, die freie ozeanische Küste. Diesen Mangel hat es durch die Überlegenheit seiner Industrie, durch den bewundernswerten Aufschwung seiner Handels- und Kriegsflotten berichtigt; er muß indes fühlbar bleiben. Dem Deutschen Reich öffnet sich dagegen eine kontinentale Möglichkeit, seine kulturelle und wirtschaftliche Einflußsphäre zu erweitern, die den ozeanischen Staaten versagt ist: Hamburg-Bagdad! Wiederum kann nur im Verein mit Österreich-Ungarn diese Möglichkeit Wirklichkeit werden. Auch in diesem Belang tritt jene Wechselseitigkeit (Solidarität) hervor, die der Begriff „Mitteleuropa“ enthält und bejaht.

* * *

„Mitteleuropa“ faßt zudem vertiefte Einsichten zusammen, die im Deutschen Reich wie in Österreich-Ungarn über den inneren und äußeren Beruf jeder der beiden Mächte gewonnen worden sind, über ihren geschichtlichen Beruf und ihre künftigen Aufgaben, wie sie auch hierin einander ergänzen und untrennbar zusammengehören.

Der allgemein bekannte Gegensatz zwischen der großdeutschen und der kleindeutschen Auffassung der deutschen Zukunft, wie sie 1848 im Frankfurter Parlament einander entgegentraten und seitdem in der Publizistik weiter miteinander fochten, wird gemeinhin und in Kürze so dargelegt, daß die Großdeutschen ein einheitlich Reich wollten, nicht bloß mit Einfluß, sondern unter Führung Österreichs, die Kleindeutschen dagegen ein einheitlich Reich mit Ausschluß Österreichs und preußischer Spitze. Der großdeutsche Gedanke war zudem föderativ gerichtet, der kleindeutsche unitarisch; der großdeutsche zielte ab auf einen Bundesstaat oder Staatenbund, der kleindeutsche auf den nationalen Einheitsstaat. In den Jahren 1859—1862 hat ein Gelehrtenstreit weit über die Kreise der Fachgenossen Aufmerksamkeit erregt, in dem die beiden Programme als vollkommene Gegensätze auseinanderstießen. Namhafte deutsche Geschichtsforscher nahmen daran teil. Führer des Vorstreites waren Heinrich v. Sybel und Julius Ficker. Merkwürdigerweise stimmten beide überein, daß Mitteleuropa kommen müsse. Ficker, der Vertreter des großdeutschen Standpunktes, kennzeichnete den kleindeutschen wie folgt: Sybel erkläre „nicht allein den Fortbestand Österreichs für wünschenswert“, sondern gebe auch zu „das Bedürfnis Deutschlands nach Fortdauer eines weiteren Bundes mit Österreich zur gemeinsamen Verteidigung gegen außen, unter größter Steigerung der

wechselseitigen Handels- und Kulturbeziehungen“¹. Der Großdeutsche versicherte, das sei genau seine Meinung. Allerdings führte er dann aus, daß v. Sybels historische Zeitsätze folgerichtig zu solchem Ergebnis nicht kommen könnten. Allein das gehört zur Geschichte dieser Kontroverse, die uns hier fernliegt. Es sollte nur festgestellt werden, daß die streitenden Gelehrten in der praktischen Frage zu ihrem Erstaunen übereinstimmten, daß der Großdeutsche und der Kleindeutsche betreffs Mitteleuropas eines Sinnes waren.

Ein vielbesprochener Streitfall unter Gelehrten, der die Öffentlichkeit jüngst lebhaft beschäftigte, erinnert einigermaßen an diese Vorgänge von einst. Die Gegenstände dieser Meinungsverschiedenheiten haben nahe Berührungspunkte. Die Charakteristik des römischen Reiches deutscher Nation, die F. W. Foerster nach C. Franz gibt, deckt sich im wesentlichen mit Fickers von großer Fülle historischen Wissens getragenen Ausführungen über denselben Gegenstand. Wir möchten die Vermutung wagen, daß noch eine weitere Übereinstimmung besteht, und zwar betreffs der Sache, die hier erörtert wird, betreffs Mitteleuropas. Wie Ficker erstaunt hervorhob, Sybel sagt ja das nämliche, was ich behaupte, so könnte F. Naumann konstatieren, in meiner Hauptsache stimmt Foerster mit mir überein. In schneidender Schärfe hat Foerster sich wider Naumann gewendet und wohl ein wuchtiges Verwerfungsurteil in den Worten ausgesprochen: der Dämon des Weltkrieges habe Naumanns Buch inspiriert². Allein Naumann könnte das vielberedete Heft der „Friedenswarte“ auf S. 3 aufschlagen und den Schlußatz des Textes der zweiten Spalte vorlesen: „Wie recht hatte Franz, darauf aufmerksam zu machen, daß nur die föderative Organisation Deutschlands solche unabweisbaren und weltpolitisch unentbehrlichen Angliederungen möglich mache.“ Gewiß hatte Franz recht, auf eine föderative Organisation Deutschlands aufmerksam zu machen. Dann hatte Bismarck noch sehr viel mehr recht, wenn er eine föderative Organisation groß und glänzend in die Welt der Wirklichkeiten hineinstellte: die deutsche Reichsverfassung. Und wenn das Bündnis von 1879 zu einem Staatenbund verfestigt würde, so wäre das wieder eine föderative Organisation. Dieser Kern Mitteleuropas soll die „unabweisbaren und weltpolitisch unentbehrlichen Angliederungen möglich“ machen. So schreibt Foerster. Es könnte es aber auch Naumann geschrieben haben.

¹ „Deutsches Königtum und Kaiserthum“ (Innsbruck 1862, Wagner) 3 f.

² Österr. Rundschau XLVII (1916, April 15) 66.

Die deutsche Reichsverfassung hat in dreiundvierzig Friedensjahren und in den bisherigen zwei Weltkriegsjahren große Belastungsproben tabellos und einwandfrei bestanden. Damit wurde der Beweis erbracht, daß ein Reich, das ethnopolitisch als einheitlicher Nationalstaat anzusehen ist, eine bundesstaatliche Verfassung nicht bloß verträgt und erträgt, sondern daß sie vielmehr seiner Geschichte und seinem Reichsberuf, ja sogar seiner ethnologischen Eigenart, den Sonderbegabungen seiner Stämme und deren Entfaltungsmöglichkeiten hervorragend angepaßt sein kann. Diese Bundesstaatsverfassung erscheint aber als großdeutscher Einschlag in der kleindeutschen Durchführung der Reichseinheit. Da nun in „Mittleuropa“ der großdeutsche Gedanke verjüngt wieder aufersteht, findet er in der bundesstaatlichen Verfassung etwas ihm Gleichgeartetes, da der Staatenbund und der Bundesstaat einander viel näher stehen als der Staatenbund und der Einheitsstaat; dieser ist vielmehr der Nährboden des herrschsüchtigen und eroberungsgierigen Imperialismus. Felix Schwarzenbergs Zusammenfassung von Deutschland und Österreich, sein „Siebzigmillionenreich“, schimmert durch „Mittleuropa“ hindurch wie im Palimpsest die untere Schrift. Er dachte dabei an einen Staatenbund. Wie seltsam, daß diese Erinnerungen auftauchen, wenn man die Schlusssätze des Vortrags liest, den Erzellenz Graf J. Andrássy am 16. Mai 1916 im Auditorium maximum der Münchner Universität gehalten hat. Der Redner kennzeichnete als das Ergebnis des Krieges und als die Gestaltung der Zukunft die „Organisierung Mitteleuropas“ „bei unversehrter Aufrechterhaltung der heutigen Souveränitäten und Staaten“¹.

Mächtige Gedanken soll man nicht zu plötzlich mit „entweder — oder“ auseinanderreißen; vielleicht führt der Fortgang der Geschichte zum „sowohl — als auch“ einer großen Synthese. „Mittleuropa“ ist die Synthese des großdeutschen und des kleindeutschen Programms und Ideals, zu der der Fortgang der Geschichte hinleitet; zugleich die Synthese vom inneren und äußeren Beruf des Deutschen Reiches: daß es Bundesstaat bleibe und in diesem staatsrechtlichen Rahmen die Fülle seiner Fähigkeiten entfalte; daß es zudem nach außen Staatenbünde herbeizuführen bestrebt sei, vorab den Staatenbund mit Österreich-Ungarn, die Grundlage der „Organisierung Mitteleuropas“.

*

*

*

In Österreich ist sowohl über die „wirtschaftliche Annäherung“ wie über den Fortbestand und die Verfestigung des Bündnisses mit dem Deutschen

¹ Im Verlag J. Schweizer (München) erschienen. S. 33.

Reich, sowohl über den inneren Beruf und die Reichsidee der Donaumonarchie wie über ihren äußeren Beruf während des Krieges eine gewaltige Literatur angewachsen. Sie ist so reich auch an Wertvollem, daß die bloße Berichterstattung darüber und eine irgendwie eingehende Würdigung der Zeitideen hier und heute zu weit führen würde und einer andern Gelegenheit, wenn sie sich bietet, vorbehalten bleiben mag. Unter den frühesten Erscheinungen dieses Schrifttums sind gleich zwei Meisterstücke: „Österreich-Ungarns Schicksalsstunde“¹ und die Sonderausgabe einer wissenschaftlichen Abhandlung, die zuerst in der „Geographischen Zeitschrift“ erschienen ist². Unentwegt beteiligte sich die Wiener „Reichspost“ an diesen Verhandlungen; wir fanden jüngst in dieser Zeitschrift willkommenen Anlaß, die Artikel R. v. Kralitz und Dr. J. Eberles hervorzuheben. Universitätsprofessor Dr. R. Hilgenreiner bietet in einer Artikelferie der „Bonifatiuskorrespondenz“ (1916) wertvolle Anregungen voll hochpatriotischen Empfindens. Die neue Zeitschrift „Das Neue Österreich“, der bester Erfolg beschieden sein möge, stellt sich ganz in den Dienst der Erneuerung Österreichs. Ebendiese Worte, „Österreichs Erneuerung“, sind der Titel einer sehr beachtenswerten Schrift von Dr. R. Kenner, dem bekannten sozialdemokratischen Abgeordneten und Schriftsteller. Und da diese Zeilen geschrieben werden, geht uns die Schrift von Universitätsprofessor Dr. A. Gürtler zu: „Österreich-Ungarn, ein Schema für Mitteleuropa“, ein geistreicher Versuch, die dualistische Verfassung des Donaureiches als Vorbild von Staatenverbindungen zu erweisen, das bei der Organisation Mitteleuropas Verwendung finden könnte.

In den „Flugschriften für Österreich-Ungarns Erwachen“ (12. Heft) hat der Wiener Historiker Hofrat Dr. Redlich „Österreich-Ungarns Bestimmung“ erörtert (1916) und die innere Bestimmung der Donaumonarchie darin gefunden, daß sie „in kleinem Maßstab“ das „Problem des Weltstaates“ zu lösen berufen sei, „verschiedene und sich ihrer Verschiedenheit vollbewußte Menschenarten zu einer höheren politischen Einheit zu vereinigen“. Diese Fassung des inneren Berufes der Monarchie gab Hofrat Redlich (S. 23) mit den von ihm zitierten Worten eines „fremden scharfen Beobachters“, Kjellens, der in seinem vor dem Krieg erschienenen Werk pessim-

¹ Im Februar 1915 als Manuskript gedruckt, später bei Braumüller in Wien erschienen (noch 1915 in 2. Auflage).

² R. Sieger, Die geographischen Grundlagen der österreich-ungarischen Monarchie und ihrer Außenpolitik. Teubner 1915.

mistischer über Österreich-Ungarn dachte als in dem während des Krieges erschienenen, oben an zweiter Stelle genannten Werk. Je mehr aber Österreich-Ungarn diesem Beruf zu entsprechen vermag, ein um so wertvollerer Bundesgenosse des Deutschen Reiches muß es werden. Bismarck hat es als einen Grundgedanken seiner Politik angesehen und ausgesprochen, daß alle Länder zwischen Borsarlberg und der Bukowina keine andere Zukunft haben, die für Deutschland annehmbar wäre, als die, die ihnen die Vergangenheit gab und die Gegenwart weist, die Vereinigung in der habsburgischen Monarchie. Ebenso richtig aber ist es zu sagen, daß die Länder und Völker selbst, von Borsarlberg bis zur Bukowina, keine andere Großmachtszukunft haben als die der Vergangenheit und Gegenwart im österreichisch-ungarischen Reichsverband.

Alle die angeführten österreichischen Stimmen sind für Mitteleuropa im angegebenen Sinn: Fortbestand und Verfestigung des Bündnisses von 1879, Verfestigung zum Staatenbund hin, „bei unversehrter Erhaltung der bestehenden Souveränitäten und Staaten“, wie Graf Andrássy sich ausdrückt.

Die unter diesen österreichischen Schriften an erster Stelle genannte verdiente unseres Erachtens im Deutschen Reich besondere Beachtung. Der anonyme Verfasser ist ein echter und edler Vertreter schwarzgelben Österreichertums. Seine Würdigung des Deutschen Reiches bezeugt historisches Denken und staatsmännischen Sinn. Er schreibt:

„Dieselben Kräfte, welche schon in und nach den Freiheitskämpfen vor hundert Jahren wirksam waren, haben, über die Konflikte im Zollverein und Deutschen Bund, auch zu der vorbereitenden Stufe des Jahres 1866 geführt, um im Jahre 1870 endlich das Werk zur Vollendung zu bringen: die Schaffung des neuen großen Deutschen Reiches.

„Daß es sich hier nicht nur um eine grandiose Schöpfung Bismarckscher Staatskunst, sondern tatsächlich um ein aus geheimen Urkräften emporgewachsenes Gebilde handelte, dessen Entstehung von der Natur der Dinge gefordert, ja erzwungen wurde, hiefür zeugt die Entwicklung, welche dieses Deutsche Reich in der kurzen Spanne von vier Jahrzehnten genommen hat. Jetzt erst waren die wahren Bedingungen geschaffen und die erforderlichen Voraussetzungen gegeben zur freien Entfaltung und zum ungehinderten Wachstum der im deutschen Volke ruhenden Kräfte. Der Wehen, Kämpfe und Wandlungen von Jahrhunderten hatte es bedurft, bis das in überwältigender Größe entstehen konnte, was wir heute in der

deutschen Kultur, in der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Macht Deutschlands vor uns sehen. Das Ereignis dieses unvergleichlichen Werdeprozesses bildet an sich den sichersten Beleg dafür, daß eine andersartige Lösung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Österreich und Deutschland als diejenige, welche sich im Jahre 1866 vollzogen hat, ein Unding und ein Widersinn gewesen wäre, weil sie die wunderbare Entfaltung der erst durch die Vereinigung im Deutschen Reich befreiten Kräfte verhindert hätte."

Daneben steht dem Verfasser von „Österreich-Ungarns Schicksalsstunde“ „die Gewißheit, daß dieselben gestaltenden Kräfte, welche Deutschland ins Leben riefen, es waren, die auch das Österreich-Ungarn von heute geschaffen und es zum Bunde mit Deutschland gebracht haben“.

Wohl ist die Einrede wiederholt gehört worden, Mitteleuropa „bedeute die Kampfstellung der Mittelmächte gegen das übrige Europa“. Allein die Antwort ist in der Tat mit zwei Worten zu geben: Defensiv Stellung ja, Angriffskampfstellung nein. Der Einwurf ist mit besonderer Schärfe gegen F. Naumann erhoben worden. Die Erwiderung Kenners lautet: „Man muß blind sein, um zu übersehen, daß Naumann über die Methoden der Eroberungen hinaus ist, daß sein eigenes Werk dort anhebt, wo der Soldat“ [d. h. wohl der Krieg] „aufgehört hat, daß er einen Friedensbau, ein Verfassungswerk, eine Staaten- und Völkerverbrüderung sich vorsetzt, die eine Erweiterung des Wirtschaftsgebietes mit den Methoden des Rechtes bewirken will.“¹

Maßvoller Pazifismus muß „Mitteleuropa“ freudig begrüßen, und maßvoll nennen wir jenen Pazifismus, der in Sachen der Friedenssicherung das Erreichbare anstrebt, das, wofür die Vorbedingungen vorhanden sind. Langfristige, veröffentlichte Verteidigungsbündnisse sind aber gewichtige Friedenssicherungen und sind es in dem Maße, als die Mächte zahlreich sind, die ihren Friedenswillen kundgeben und betätigen, indem sie sich anschließen. Die Behauptung scheint uns nicht angängig, daß Defensivbündnisse Friedensförderer sind. Das hieße die Notwehr für eine Kriegsdrohung ausgeben. Im Zeitalter ausgearteten Fehdewesens wäre die Abschaffung der Notwehr nicht das richtige Mittel gewesen, um den Landfrieden sicherzustellen, und solange die Möglichkeit eines Angriffskrieges besteht, kann man die nicht Friedensbrecher schelten, die sich zu gemeinsamer

¹ „Österreichs Erneuerung“³ (1916) 151.

Notwehr verbinden. Es gibt aber radikale Pazifisten — wir nennen sie radikale, weil sie auf die Formel eingeschworen zu sein scheinen: Alles oder nichts —, die von Übergängen und Zwischenstufen nichts wissen wollen. In der heutigen Weltlage — der heutigen Weltlage! — lassen sie nur den als echten Friedensfreund gelten, der sich in Wort und Schrift für plötzliche und allgemeine Abrüstung einsetzt, der verantwortlichen Leitern von Völkerschicksalen zumutet, daß Großmächte sich grundsätzlich und in Lebensfragen auf Schiedsgerichtszwang festlegen, den eben doch Vertreter einzelner Staaten ausüben würden, mögen sie ihre Urteile durch Einzelspruch fällen oder durch Mehrheitsbeschlüsse. Diese Pazifisten sollten überlegen, ob in dem Fall die Aussicht, nichts zu erreichen, nicht in dem Maße wächst, als der Nachdruck groß ist, mit dem alles verlangt wird; ob dergleichen Reden nicht geradezu ins Blaue gehen. Ist es doch, wie wenn jemand im Ernst sagte: Ich kann nicht begreifen, daß es Menschen gibt, die sich damit abgeben, blaue Farben herzustellen. Bei schönem Wetter ist der Himmel ja voll davon, und man kann sie dorthier fertig beziehen.

Robert von Rostk-Miened S. J.